

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

139. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Februar 2000, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

in Vertretung von Renate Gröpel

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landtagsverwaltung über die Verfügbarkeit über Intranet und ParlaNet	4
2. Vorläufiger Abschluss des Haushaltsvollzugs 1999	10
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/4229	
3. Leasingkonzept im Zusammenhang mit der Stärkung der Gewinnrücklagen der LEG	11
4. Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) hier: Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages Unterrichtung nach § 14 Abs. 4 GMSHG	12
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/4247	
5. AKN-Eisenbahn Arbeitsgemeinschaft (AKN) Regionalisierung der AKN	13
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 14/4252	
6. Tausch von Grundstücksflächen des Landes in Moltsfelde mit der Stadt Neumünster	14
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/4258	
7. Information/Kenntnisnahme	15
8. Verschiedenes	16
9. Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand in Sachen Nordsee-Kurhof AG	16
- nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GO -	

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die Niederschrift über die Sitzung vom 13. Januar 2000 - FIN 137, 9 -, in der St Döring eine schriftliche Antwort auf die Frage des Abg. Stritzl nach dem Leasing-Konzept im Zusammenhang mit der Stärkung der Gewinnrücklagen der LEG zugesagt hatte, und schlägt vor, die Tagesordnung der heutigen Sitzung um dieses Thema zu erweitern und den Geschäftsführer der LEG dazu zu hören.

Abg. Stritzl gibt sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass die Landesregierung nicht in der Lage sei, einen Bericht innerhalb von drei Wochen zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzulegen. Ihm sei jedenfalls - so betont er - an einer Stellungnahme der Landesregierung gelegen, und dann könne immer noch entschieden werden, ob ergänzende Ausführungen des Geschäftsführers der LEG erforderlich seien.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU beschließt der Ausschuss, die Tagesordnung um das Thema „**Leasingkonzept im Zusammenhang mit der Stärkung der Gewinnrücklagen der LEG**“ zu erweitern und den Geschäftsführer dazu zu hören.

Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht der Landtagsverwaltung über die Verfügbarkeit über
Intranet und ParlaNet**

hierzu: Umdruck 14/4257

Abg. Neugebauer merkt an, er habe die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung der heutigen Sitzung beantragt, nachdem am 9. Januar 2000 in den „Lübecker Nachrichten“ unter der Überschrift „Der doppelte Landtag“ dargestellt worden sei, dass der Landtag mit zwei Abteilungen auf unterschiedlichen Web-Seiten im Internet vertreten sei. Dadurch komme zum Ausdruck, dass Doppelarbeit geleistet werde, die im Interesse des Steuerzahlers vermeidbar sei.

Abg. Neugebauer möchte wissen, ob die Ankündigung in der Vorlage vom 11. November 1999 - Umdruck 14/4043 -, dass die Internetangebote der beiden Abteilungen in das gemeinsame ParlaNet umziehen werden, zwischenzeitlich realisiert worden sei, und erkundigt sich weiter danach, ob die in der Vorlage vom 28. Oktober 1998 - Umdruck 14/2556 - aufgeführten Angebote den Usern von ParlaNet nunmehr zur Verfügung stehen.

DirLT Dr. Schöning trägt vor, dass in den Abteilungen I - Allgemeine Verwaltung - und III - Öffentlichkeitsarbeit - ein Abklärungsprozess darüber habe stattfinden müssen, wer für den internetfähigen Informationsdienst zuständig sei. Dieser Dienst sei nur ein kleiner Teil mit einer allerdings sehr öffentlichkeitswirksamen Facette des ParlaNet. Mit großem Engagement hätten sich zwei Abteilungsleiter mit ihren Mitarbeitern in ein Projekt eingebracht und somit habe es - wie dies in jeder Verwaltung immer mal wieder vorkomme - einen positiven Kompetenzkonflikt gegeben. Dieser Konflikt sei durch eine klare Aufgabenverteilung hinsichtlich einer einheitlichen Darstellung aus der Welt geschafft worden. Die Presse habe über dieses Thema - so betont DirLT Dr. Schöning - sehr pauschal berichtet und dabei bedauerlicherweise den geschilderten Konflikt mit der Grundproblematik der Kosten-Nutzen-Rechnung verquickt.

Zum Thema „Verfügbarkeit über Internet und ParlaNet führt DirLT Dr. Schöning aus, dem Informationswunsch könne am ehesten dadurch entsprochen werden, dass er das aktuelle IT-Angebot des Landtages in Erinnerung rufe und dabei aufzeige, inwieweit der vom Finanzausschuss Ende 1998 erteilte Auftrag - Umdruck 14/2556 - abgearbeitet sei. In die Darstellung einbezogen werden müsse auch das von der IuK-Kommission entwickelte Grobkonzept, in dem die Anforderungen mit den Fraktionen abgestimmt worden seien und aus dem sich dann das der Realisierung zugrunde liegende Feinkonzept ergeben habe.

1. Nutzung der Informationsdienste und Datenbanken von jedem PC im Fraktionsnetz, vom Wahlkreisbüro und von zu Hause aus
2. Einwahlmöglichkeiten von außen in das ParlaNet und die Fraktionsnetze (Dial-in-Router)
3. Möglichkeit der Verwendung von externen Speichermedien (zum Beispiel Disketten) an jedem vernetzten PC in den Fraktionen
4. Internetzugang von jedem PC aus in den Fraktionen mit folgenden Einzelleistungen, die von den Fraktionen ausdrücklich erbeten worden seien:
 - WWW-Dienste (Surfen)

- Nutzung von elektronischen Diskussionsforen im Internet/Intranet (Newsgroups)
- Möglichkeit von Direktdiskussion per Internet (Chatten)
- Eigene E-Mail-Adressen für alle Abgeordneten und Mitarbeiter
- Nutzung eines eigenen Intranet im ParlaNet und Anschluss an das Intranet der Regierung (SHIP)

5. Möglichkeit, von jedem PC aus Faxe als E-Mail zu versenden (Fax-Server)

Diese Dienste seien in einer Leistungsbeschreibung vom 10. September 1999 zusammengefasst worden. Die Leistungsbeschreibung und zahlreiche weitere Unterlagen ebenso wie der Abschlussbericht seien den Fraktionen zugegangen und stünden auch im Internet zur Verfügung; sie seien insbesondere bei beiden Präsentationen für die Abgeordneten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter verteilt worden.

Bis auf eine Ausnahme seien alle diese Anforderungen erfüllt worden: Es habe bei „dpa“-Selektion. Es handle sich dabei um einen speziell für das Internet konzipierten Nachrichtendienst mit einem onlinemäßigen, ständig aktualisierbaren Nachrichtenangebot. Dieses Angebot sei in der Leistungsbeschreibung dargestellt worden. Es stehe über eine Verbindung zum Innenministerium zur Verfügung, funktioniere aber nur unter Windows NT, trotz identischen Befehls nicht gleichartig unter Windows 95 oder 98; darauf habe die Landtagsverwaltung bei der Präsentation des ParlaNet hingewiesen. Dies sei ärgerlich vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es durch Verhandlungen mit „dpa“ erreicht worden sei, dass dieser Dienst bundesweit erstmalig ohne weitere Kosten allen Abgeordneten habe zur Verfügung gestellt werden können.

Es müsse befürchtet werden, dass dieses Problem auch mit Windows 2000 fortbestehen werde. Deshalb werde angestrebt, den „dpa“-Dienst per WWW an jedem ParlaNet-Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Die IuK-Kommission habe dieser Lösung am 2. Dezember 1999 zugestimmt; die Ausschreibung für die Entwicklung dieser Lösung erfolge gegenwärtig. Zur Überbrückung werde versucht, beim CampusNetLand, CNL, also beim Innenministerium, eine Änderung der dortigen Systemeinstellungen zu erreichen, damit „dpa“-Selektion übergangsweise auch unter Windows 95 oder 98 erreichbar sei. Bis dahin könne aber jede Fraktion „dpa“-Selektion weiterhin über den Ikotech-PC nutzen.

Alle anderen eingangs aufgeführten Dienste liefen unter den in der Leistungsbeschreibung genannten Konditionen sowie unter der Bedingung, dass im jeweiligen Fraktionsnetz die Voraussetzungen dafür geschaffen seien. Hier gebe es nach seiner Einschätzung - so betont DirLT Dr. Schöning - die meisten Missverständnisse. Die Landtagsverwaltung mit ihrer IT-Kapazität stelle nur die eine Seite dar; in den Fraktionen müssten auf der einen Seite die Vorkehrungen getroffen werden, dass diese Dienste auch wirklich in Anspruch genommen werden können.

Dieses Problem sei am Beispiel des Dial-in zu verdeutlichen. Nach den in der IuK-Kommission vereinbarten Sicherheitsrichtlinien sei zunächst ein Antrag des Fraktionsnetzes, des SubLAN, erforderlich, damit die Dial-in-Möglichkeit freigeschaltet werde. Mit einem solchen Antragserfordernis werde die von den Fraktionen ausbedungene Entscheidungsfreiheit des Fraktionsnetzbetreibers gesichert, ob die Teilnehmer seines Netzes Dial-in machen dürften oder nicht. Die Freischaltung erfolge unmittelbar nach Antragstellung; von der Dial-in-Möglichkeit hätten mehrere Fraktionen bereits Gebrauch gemacht.

Die Leistungsanforderungen seien also - so fasst DirLT Dr. Schöning zusammen - mit Ausnahme von „dpa“-Selektion sämtlich erfüllt worden und einige Leistungen und Dienste seien sogar noch erweitert worden. Als Beispiele seien zu nennen der Presseticker, bei dem neben der in der Leistungsbeschreibung genannten Möglichkeit des Archivs und des Abonnements noch ein Index eingerichtet worden sei, der zwischenzeitlich zu einer Volltextsuche erweitert worden sei, und beim Web-Angebot habe ein nachträglich eingebrachter Wunsch einer Fraktion für die spezifische Anbindung ihres Web-Angebots sehr kurzfristig erfüllt werden können.

Die Abgeordneten Kubicki und Neugebauer sprechen das eingangs erwähnte Doppelangebot und die Bemühung um eine Vereinheitlichung an und erkundigen sich nach der Zeitschiene.

AL Simonsmeier-Schriewer legt dar, der Eindruck, dass es verschiedene Angebote gebe, sei durch die Gleichsetzung von Angebot mit Internetadresse entstanden. Infolgedessen gebe es auch, da es drei Internetadressen gebe, drei Angebote, so genannte URLs. In der Vorlage vom November letzten Jahres habe die Landtagsverwaltung dies im Einzelnen dargelegt.

Zur Zeitschiene merkt AL Simonsmeier-Schriewer an, dass das angesprochene Doppelangebot entfallen werde, wenn das Landtagsnetz, das sich derzeit noch im Regierungsnetz befinde, in das ParlaNet eingezogen werde. Derzeit werde das Landtagsnetz konzipiert; die Fertigstellung sei für den Herbst vorgesehen. Seit einigen Tagen habe sich jedoch eine neue

Situation ergeben: Der Einzug des alten Internetangebots in das ParlaNet werde möglicherweise sehr viel früher erfolgen, weil sich aufgrund der neuen Telefonanlage mit der Telekom Probleme mit dem Zugang zum alten Provider ergeben. Wichtig sei ihr - so betont AL Simonsmeier-Schriewer abschließend -, deutlich zu machen, dass die Anschriften nicht auf zwei Angebote und auf Doppelarbeit hindeuteten.

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die den Abgeordneten vorliegenden Schriftstücke und die heutigen mündlichen Vorträge und gibt ihrem Bedauern Ausdruck, dass es einem Nutzer nicht möglich sei, mit Suchbegriffen die Landesverfassung abzufragen oder die aktuelle Situation einer Landtagstagung abzufragen. Sie steht auf dem Standpunkt, dass es sinnvoll gewesen wäre, lediglich die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit mit der Präsentation des Landtages im Internet zu betrauen, und plädiert dafür, für diese Arbeit einen Internetredakteur einzustellen.

Abg. Neugebauer spricht erneut Kostengesichtspunkte an und fragt erneut, ob Doppelarbeit geleistet werde. Im Übrigen müsse - so betont er - die Verfügbarkeit so einfach wie möglich gestaltet sein, damit Internet und Intranet auch für diejenigen Abgeordneten erreichbar sei, die nicht jeden Tag damit zu tun haben. Nach seinem Eindruck sei das System noch viel zu kompliziert, um über Suchbegriffe an die notwendigen Informationen heranzukommen. Weiter möchte Abg. Neugebauer wissen, welche Fraktionen einen Antrag auf Einwahlmöglichkeit in das ParlaNet und die Fraktionsnetze gestellt haben. Er jedenfalls sei erst gestern Abend bei dem Versuch gescheitert, mit seinem Heimcomputer ins Intranet zu kommen.

Zu den Ausführungen der Vorsitzenden, lediglich die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit mit der Präsentation des Landtages im Internet zu betrauen, merkt DirLT Dr. Schöning an, dass für die Präsentation des Landtages sämtliche Abteilungen der Landtagsverwaltung zuständig seien, wobei selbstverständlich ihm als Landtagsdirektor die Koordinierung dieses Zusammenspiels zufalle. Er betont in diesem Zusammenhang, dass es keine Doppelarbeit gebe, wie sie immer wieder unterstellt werde. Wenn im Übrigen ein Abgeordneter an einem Dial-in scheitere, müsse das nicht an dem fehlenden Angebot der Landtagsverwaltung liegen; denkbar sei auch, dass der Fragesteller einen Fehler mache; in diesem Fall sollte der Betreffende mit den Zuständigen in der Landtagsverwaltung Kontakt aufnehmen. Im Interesse der Leistungen der Landtagsverwaltung auf diesem Gebiet sollte - so betont DirLT Dr. Schöning - ein derartiges Problem nicht herbeigeredet werden.

AL Simonsmeier-Schriewer führt aus, dass es für jeden Nutzer anfangs eine Schwierigkeit darstelle, sich mit der Möglichkeit des Dial-in vertraut zu machen. Die Landtagsverwaltung habe deshalb eine Anleitung unter drei verschiedenen PC-Zugängen erarbeitet: Windows 95

und 98 sowie Windows NT. Diese Anleitung liege seit Beginn der Präsentation vor und stehe auch im Intranet zur Verfügung. Auf einen Einwand der Vorsitzenden betont AL Simonsmeier-Schriewer, dass Dial-in nicht die Möglichkeit darstelle, per Internet auf Daten zurückzugreifen. Dial-in bedeute vielmehr, über die Telefonleitung mit einer zweifachen Sicherheitsmaßnahme in das eigene Netz hineinzukommen.

Zu den von der Vorsitzenden angesprochenen Suchbegriffen teilt AL Simonsmeier-Schriewer mit, dass mit OPAL-SH eine Volltextsuche ermöglicht werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorläufiger Abschluss des Haushaltsvollzugs 1999

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/4229

hierzu: Umdruck 14/4234

M Möller trägt den vorläufigen Abschluss des Haushaltsvollzugs in großen Zügen vor und verweist in diesem Zusammenhang auf den Vergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft, Umdruck 14/4260, wonach Schleswig-Holstein im Ranking der Bundesländer den vierten Platz einnimmt. - Eine kurze Diskussion schließt sich an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Leasingkonzept im Zusammenhang mit der Stärkung der Gewinnrücklagen der LEG

GF Münchow stellt das Leasingkonzept im Zusammenhang mit der Stärkung der Gewinnrücklagen der LEG umfassend dar.

Die Vorsitzende bittet, die Ausführungen zum besseren Verständnis in Schriftform nachzureichen. - M Möller sagt dies zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH)
hier: Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages
Unterrichtung nach § 14 Abs. 4 GMSH-G

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/4247

Abg. Kubicki merkt an, dass Einsparungen auch durch kalkulatorische Mieten nachgewiesen werden könnten. Festzuhalten bleibe, dass prognostizierte Einsparungen dann auch immer in Abhängigkeit vom Einsatz der kalkulatorischen Mieten eingespart werden können.

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss die Vorlagen zur Kenntnis genommen hat.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**AKN-Eisenbahn Arbeitsgemeinschaft (AKN)
Regionalisierung der AKN**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/4252

Dem Entwurf einer Vereinbarung über die Regionalisierung der AKN zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P. - zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Tausch von Grundstücksflächen des Landes in Moltsfelde mit der Stadt
Neumünster**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/4258

In einer kurzen Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, ein so genanntes Nachgespräch mit der Stadt Neumünster für den Fall einzufordern, dass das landeseigene Grundstück zur Gewerbefläche erklärt werde.

Mit den Stimmen aller Fraktionen stimmt der Ausschuss der Vorlage zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 14/4233 - LRH zur Unterrichtsversorgung

Umdruck 14/4250 - üpl und apl IV/99

Umdruck 14/4259 - Pilotbehörde „Staatskanzlei“ - Controllingbericht

Zu Umdruck 14/4256 - Glücksspielszene Schleswig-Holstein:

St Döring teilt auf eine Frage der Abg. Heinold mit, dass der Umsatz bei BingoLotto in der letzten Woche des vergangenen Jahres 101.000 DM betragen habe. Nach der Neukonzeption habe sich für die ersten vier Ausspielungen folgender Umsatz ergeben: 181.000 DM, 207.000 DM, 221.000 DM und 232.000 DM.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

* * * * *

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand in Sachen
Nordsee-Kurhof AG**

- nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1
Satz 3 GO -

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand in Sachen Nordsee-Kurhof AG in nicht öffentlicher Sitzung entgegen. - Eine kurze Diskussion schließt sich an.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer